



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

F/XVI/265 - 23. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| <u>Seite:</u> | | <u>Zeilen:</u> |
|---------------|---|----------------|
| 1 | <u>Washington</u> Nach dem Gespräch Kennedy - Aßenauer | 45 |
| 2 - 3 | <u>Belgrad noch schärfer antibundesdeutsch</u> Tito - Anwalt Moskauer Deutschlandpolitik Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher | 49 |
| 3 | <u>Wie viele Ministerinnen gibt es in der Bundesrepublik?</u> Zu einem Fernseh-Interview mit der Gesundheitsministerin | 32 |
| 4 | <u>Karlsruhe gab den Ausschlag</u> Vor den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein | 51 |
| 5 - 6 | <u>"Alles Land den Pflügern!"</u> Der Guerilla-Krieg im Tiger-Dschungel von Südvietnam Von Erwin Erasmus Koch | 72 |

* * *
* *

Washington

Nach den Gesprächen Kennedy - Adenauer

sp - Im Verhältnis zu den Wochen und Monaten spannungsgeladener Erwartung wirkt das Abschlusskommuniqué zu den Besprechungen zwischen Präsident Kennedy und Bundeskanzler Dr. Adenauer in Washington recht nichtssagend. Abgesehen davon, dass einige in dem Kommuniqué erhaltene Sätze nachdenklich stimmen, bietet es auch kaum Anlass zu der Vermutung, dass wesentlich Neues vereinbart worden wäre.

Wir sind nicht so vermessen, etwa anzunehmen, dass Kennedy und Adenauer bereit gewesen wären, ihre Karten für künftige Ost-West-Verhandlungen offen auf den Tisch zu legen. Fest steht jedoch, dass man kaum mit einer Beschleunigung solcher Verhandlungen rechnen kann, zumal ausdrücklich weitere Beratungen der westlichen Alliierten in Aussicht gestellt werden und erst Ende Dezember, nach Abschluss der Tagung des Atlantikrates in Paris, neue westliche Initiativen zu erwarten sind.

Auch die Tatsache, dass man in Washington - wie es heisst - nicht von der Mauer in Berlin gesprochen hat und sogar durchblicken liess, man werde bei künftigen Ost-West-Gesprächen Berlin als isoliertes Problem behandeln, gibt Anlass zu Skepsis. P o s i t i v dagegen wirkt die Unterstreichung des Einklangs der Ziele und Methoden der deutsch-amerikanischen Politik in der Deutschland- und Berlinfrage.

Man hat gelegentlich vor der Abreise des Bundeskanzlers nach Washington behauptet, es sei zwischen der Regierung und den Parteien des Bundestages in der Deutschland- und Berlinpolitik Bonn's völlige Übereinstimmung erzielt worden. Soweit sich dies auf die Z i e l e bezieht, mag die Behauptung richtig sein. Was jedoch die M e t h o d e n anbetrifft, mit denen man das gemeinsame Ziel zu erreichen gedenkt, ist noch manches offen.

Deshalb ergibt sich jetzt, wenn die nächste Runde der westlichen Bemühungen um Fortschritte in der Deutschland- und Berlinpolitik beginnt, mehr denn je die zwingende Notwendigkeit, in sachlichen Erörterungen und mit Hilfe korrekter Informationen a l l e Möglichkeiten einer wirkungsvollen Deutschlandpolitik zunächst einmal in der Bundesrepublik selbst und dann in Zusammenarbeit mit unseren westlichen Freunden auszuloten. Es kann sein, dass auch die neue Bundesregierung darauf verzichtet, eine möglichst breite Plattform für ihre Deutschlandpolitik zu schaffen. Das wäre bedauerlich, denn alles, was in diesen Fragen ausgearbeitet wird, dürfte nur dann Bestand haben, wenn es von a l l e n demokratischen Kräften unseres Volkes gemeinsam verantwortet wird.

Im Augenblick wissen wir nicht, ob - über das Grundsätzliche hinaus - zwischen den westlichen Alliierten bereits völlige Übereinstimmung erzielt wurde. Sollte dies nicht der Fall sein, dann wäre es die vernünftigste Aufgabe der deutschen Politik, die notwendige Übereinstimmung zu fördern. Wer jedoch meint, wir hätten noch Zeit, irrt sich gefährlich. Moskau kann jederzeit neue Tatbestände schaffen, und jede Stunde, die der Westen bei seinen Bemühungen um eine gemeinsame Politik versäumt, drängt uns in die Defensive. Gerade die letzten Monate sollten ein warnendes Beispiel sein.

Belgrad noch schärfer antibundesdeutsch

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Dass die jugoslawische Politik den unrühmlichen Fall Vracaric zu einer noch stärker antibundesdeutschen Kampagne benutzen würde, war un-
schwer vorauszusehen. Die Welle nationaler Empörung hat jedoch alle
sonst durchaus in Erwägung gezogenen Gegenargumente fortgeschwemmt und
wahrscheinlich für eine unabsehbare Zeit undiskutabel gemacht.

Es konnte kaum erwartet werden, dass der jugoslawische Staatschef
Tito, dessen Reden bereits seit anderthalb Jahren betont antideutsche
Stellungnahmen aufweisen, zur Glättung der aufgewühlten Volkserregung
beitragen würde. Dass jedoch seine letzte Rede in der mazedonischen Lan-
deshauptstadt Skopje in einer solch scharfen antideutschen Verstimmung
kulminieren würde, hat selbst einige vorbereitete Belgrader Diplomaten
überrascht. Allzu stark vermischten sich dabei diesmal subjektive Res-
sentiments und objektive Befürchtungen vor einem wieder aufgerüsteten
Deutschland. Dabei droht der schwere historische Ballast die künftige
jugoslawische Deutschlandpolitik ausserordentlich bewegungsunfähig zu
machen.

Es ist Belgrads eigene Sache, wenn es sich seinen Manövrierspiel-
raum gegenüber dem Ostblock hinsichtlich der eventuellen Unterzeichnung
eines Friedensvertrages mit Pankow einengt. Andererseits trifft die
Bonner Politik bzw. Ignoranz gegenüber Jugoslawien sicherlich ein gros-
ser Teil Verantwortung dafür, dass Tito immer stärker als Anwalt der
Moskauer Deutschlandpolitik vor den blocklosen Staaten auftritt. Dass
sich Jugoslawien in der Deutschlandfrage offen mit Moskaus Politik iden-
tifiziert, brauchte uns weniger zu beunruhigen, wäre es ein Mitglied des
kommunistischen Ostblocks und nicht ein Hauptbefürworter einer stärkeren
Koordination der Politik der blockfreien Staaten. Den diesbezüglichen
Einfluss Belgrads zu unterschätzen, könnte die Bundesrepublik irgendwann
teurer als auf der Belgrader Septemberkonferenz der blocklosen Staaten
zu stehen kommen.

Aus Titos letzter Rede sollten mehr als alle anderen Formulierungen
seine Gedanken zur Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands zu
denken geben. Bisher vertrat man in Belgrad die These, die Wiederverei-
nigung sei Sache der Deutschen selbst, wobei jedoch das legitime Sicher-
heitsinteresse europäischer Staaten berücksichtigt werden müsse. Bezo-
gen sich diese Vorstellungen zu allererst auf den militär-aussenpoli-
tischen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands, während

gesellschaftspolitische Vorstellungen meist unerwähnt blieben, findet sich jetzt eine neue Nuance. Erstmals identifizierte Jugoslawiens Staatschef im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, ein wiedervereinigtes Deutschland müsse demokratisch sein, diesen Begriff mit Ostdeutschland. Eine solche These muss umso mehr überraschen, als in privaten Äusserungen viele jugoslawische Offizielle selbst von ihren kommunistischen Beurteilungskriterien die Entwicklung im Ulbricht'schen Ostdeutschland mit grosser Skepsis beobachteten.

Noch bleibt abzuwarten, ob diese Ansicht Eingang in die offizielle jugoslawische Aussenpolitik finden wird. Wäre dies der Fall, liesse es nur die Schlussfolgerung zu, dass die sich selbst als realistisch bezeichnende Deutschlandpolitik Belgrads in eine neue illusionäre Phase getreten ist, die sich von der auf der Hallstein-Doktrin aufgebauten Bonner Politik nur durch umgekehrte Vorzeichen unterscheiden würde.

+ + +

Wie viele Ministerinnen gibt es in der Bundesrepublik?

sp - Mit dem Gedächtnis scheint es bei der Gesundheitsministerin Frau Dr. Schwarzhaupt nicht allzu gut bestellt zu sein. Es weist beträchtliche Lücken auf. Hoffentlich nimmt die Frau Ministerin noch Nachhilfunterricht in der jüngsten deutschen Geschichte, auf dass ihr nicht so reinliche Fehler unterlaufen wie bei ihrem Fernsehinterview am Dienstagabend. Sie erwähnte stolz die Tatsache, dass sie die erste und einzige weibliche Ministerin seit Bestehen der Bundesrepublik sei; ihres Wissens habe es - ausser Frau Christine Fensch in NRW und Frau Ohnesorge in Schleswig-Holstein - auch noch keine Frau in einer Länderregierung gegeben. Hier irrt Frau Dr. Schwarzhaupt. Ist ihrer Erinnerung die verstorbene Louise Schreder entschwunden, jene tapfere und bewundernswerte Frau, die während der Berlinblockade die Geschicke dieser Stadt leitete und sich damit selbst ein Denkmal in den Herzen der Berliner setzte? Weiss die Frau Gesundheitsministerin nichts vom Wirken einer Ella Kay, Senatorin für Jugend und Sport in Berlin, nichts von der Frau Paula Karpinsky, ebenfalls Senatorin für Jugendpflege in Hamburg und der Frau Mevissen, die sich im Stadtstaat Bremen an verantwortlicher Stelle der Jugend und der Wohlfahrt widmet? Alle diese Frauen sind dem Range nach Minister (oder in der Diktion Frau Schwarzaupts "Ministerinnen"). Offenbar aber weiss die Gesundheitsministerin nichts von deren Existenz, sonst hätte sie diese wohl erwähnt. Oder wollte Frau Schwarzhaupt sie nicht erwähnen, weil es sich bei den genannten Frauen um Sozialdemokratinnen handelt? Das wollen wir nicht annehmen. Die Frau Gesundheitsministerin wird, nimmt sie ihre Aufgabe ernst, mit diesen weit über die Bundesrepublik hinaus bekannten Frauen (Ministerinnen) sehr viel zu tun haben, können ihr doch diese auf Grund langjähriger Erfahrungen sagen, was auf dem Gebiete der Gesunderhaltung unseres Volkes geschehen soll. Vielleicht werden dann manche Vorurteile fallen, die Frau Schwarzhaupt noch haben mag und vielleicht auch wird sich dann ihr Horizont erweitern für das Wirken einer Partei, die wohl als erste deutsche Partei gerade den Frauen ein weites Betätigungsfeld erschloss.

+ + +

Karlsruhe gab den Ausschlag

km. - Am 11. März 1962 schon werden in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen stattfinden. Es gilt dann, die Ratsversammlungen der vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster, die 17 Kreistage der Landkreise und die Gemeindeparlamente von rund 1 400 Kleinstädten und Dörfern zu wählen.

Die vorzeitige Neuwahl wurde erforderlich, weil das Bundesverfassungsgericht im letzten Wahlgesetz, nach dem die Bevölkerung des nördlichen Bundeslandes am 25. Oktober 1959 ihre Kommunalparlamente bestimmt hatte, in einigen Punkten für verfassungswidrig erklärte. Sie betrafen die verminderten Chancen für Rathausparteien, die einmal als Zusammenschlüsse entgegengesetzter Interessengruppen in Schleswig-Holstein ziemlich grassiert hatten.

Bei den Beratungen über das neue Kommunalwahlgesetz waren sich nur die beiden großen Parteien, die Christlichen Demokraten und die Sozialdemokraten darüber einig, dem höchsten Richterspruch Genüge zu tun, aber dabei auch die Rathausparteien mit den politischen Parteien gleichzustellen und ihnen gleiche Pflichten aufzuerlegen.

Nun hat zwar sozusagen in letzter Stunde eine Gruppe der CDU aus den vier großen Städten, die dem Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) ergeben sind, versucht, einseitig in den Gang der Gesetzesberatungen einzugreifen. Man wünschte die Wahl der Kreis- und Stadtpräsidenten sowie der ehrenamtlichen Bürgermeister künftig durch die Mehrheit der Kommunalparlamente und wollte doch damit unter Ausschaltung der d'Hondt-Berechnung die eigene Mehrheit zementieren. Der Innenausschuß des Landtages hat diesen Vorstoß jedoch abgeschlagen und das Landesparlament selbst dürfte schließlich in seiner Mehrheit auch nicht bereit sein, einer kalten Machtergreifung der CDU auf der Kommunalebene Vorschub zu leisten.

Aber zweifellos hat auch die Furcht vor einer Wahlniederlage vor allem in den vier großen Städten des Landes den jetzt abgeschlagenen Vorstoß ausgelöst. Kiel und Neumünster besitzen schon absolute sozialdemokratische Mehrheiten und in Lübeck ist die SPD die stärkste Partei. In den Kreisparlamenten und kreisangehörigen Städten im Ring um Hamburg dominiert die Sozialdemokratie auch schon vielerorts. In den Kreisen Stormarn, Steinburg und Pinneberg besitzt die SPD die stärksten Fraktionen.

Sie wird zweifellos auch bei der Kommunalwahl im März mit einem weiteren Stimmenzuwachs im Norden rechnen können und dann voraussichtlich wohl auch zum ersten Mal in vielen Kleinstädten und Dörfern zur größten Fraktion werden; eine Entwicklung, die man sich vor zehn Jahren in dem konservativen Bauernland im Norden auch nicht vorstellen konnte.

Bei der Kommunalwahl am 29. April 1951 bekamen die Sozialdemokraten nur 29,9 Prozent der Stimmen. Vier Jahre später waren es schon 33,2 Prozent und am 25. Oktober 1959 betrug der sozialdemokratische Stimmenanteil sogar 36,8 Prozent.

"Alles Land den Pflügern!"

Von Erwin Erasmus Koch

In seinem dreissigjährigen Krieg um die Macht hat Mao Tse-tung, der Vorsitzende der "Partei der Güterverteilung", der KP Chinas, die gleiche Parole angewandt, die auch weiterhin seit der Gründung seines Staates Tschung-hua Jen-min Kung Kwo-ko galt, der grossen Volksrepublik: "Alles Land den Pflügern!" Dazu setzte er seine Jahr für Jahr deutlicher erkennbare Taktik durch: die Beseitigung der Überreste kolonialer Despotie in Asien, die Errichtung neutralistischer Gebilde und dann erst die Konstituierung von Volksdemokratien. Wer daran zweifelt, mag die Geschichte des Zusammenbruchs des französischen Imperiums in Asien betrachten. Sie endete 1954 mit der Teilung Vietnams. Die Nationaldemokratie des Südens von Cochinchina wankte von Anbeginn unter dem übermächtigen Druck aus dem Norden.

Maos "Strategie des revolutionären Krieges in China" als auch sein Pamphlet "Die Diktatur der Volksdemokratien" enthielten bereits die Konzeption für die Eroberung des asiatischen Kontinents und insonderheit der südöstlichen Halbinsel.

Die Kämpfe in Laos, der heisse Dschungelkrieg in Südvietnam, die chinesische Freundschaftsoffensive in Burma, in Kathmandu, der Hauptstadt Nepals, in Bhutan und selbst in Rawalpindi (Pakistan) zur Einkreisung Indiens, die offene Hand Pekings im Austeilen von Entwicklungshilfen und das anschliessende Inkasso von "Grenzberichtigungen", was immer nach dem Willen des Machthabers am "Tor des Himmlischen Friedens" geschah, diene und dient dem Ziel: Das Reich der Mitte grösser, mächtiger denn je erstehen zu lassen, um den Kern gelagert die Satrapien im gesamten Südosten und in allen Staaten des Himalayas, geformt nach dem Sowjetmodell Afghanistan oder der Republik Viet-Minh (Nordvietnam).

Im "Asien der Asiaten" drang die erwähnte, vielfach erprobte Parole "Alles Land den Pflügern!", eine zugkräftige Heilsbotschaft, besser denn je zuvor die Lehre Christi unter die Massen der Reisbauern und Pächter, der Besitzlosen, der Outcasts, der sich unbekümmert Vermehrenden. China wird bald eine Milliarde, Indien in zehn Jahren 500 Millionen Menschen zählen.

Auch und vor allem Südvietnam, die südliche Hälfte unterhalb des 17. Breitengrades des einstigen Kaiserreichs Vietnam, übrigens eine japanische Schöpfung, (gebildet aus Tongking, Annam und Cochinchina) wurde mit dem Slogan der Guerillas aus der Whampoa-Kriegsakademie Mao

Tse-tung sturmreif getrommelt. Falls die Schätzungen in Saigon zutreffen, kämpfen siebzigtausend Vietnamesen nach den Weisungen der "Partei der Güterverteilung", der KPCh. Und sie trägt die rote Fahne. Rot aber ist in Asien die Farbe der Freude. Auch das sollte man im Westen mehr als bisher beachten. Rot ist unter den Asiaten "zugkräftig".

Wer führt diesen Kampf im Tiger- und Elefantenschungel an? Kaum jemand wird sich im westlichen Lager eines Namens Nguyen Ai Quoc erinnern. Aus dem nationalistischen Freiheitskämpfer wurde der kommunistische Spitzen-Apparatschik Ho Tschü Mink, der Staatschef Viet Minhs, Nordvietnams, Der grosse Dschungelweg, die Eeerstrasse der Guerillas, aus dem Norden über Laos und Kambodscha führend, wurde nach ihm benannt, der "Ho Tschü Min-Weg". Zehntausende, für den Guerilla-Kampf geschulte kommunistische Kulis zogen über diese Strasse zum Mekong, sie überquerten den Strom und erreichten irgendwo bei Camau das Hauptquartier Ngais, des "Titos" im Dschungel von Cochinchina, des Obersten für den Fronteinsatz der Brigader der Partei der Güterverteilung. Ngais Befehlsstand "fliegt", er ist mal da, mal dort und in jedem Fall nicht zu fassen.

Marinefüsiliere der VII. Amerikanischen Flotte schulen unterdessen die nationalen Südvietsamen. Aber wer von ihnen ist ehrlich "national", wie es die Amerikaner meinen? Der Kommunismus in ganz Asien entzart nationalistischen Bewegungen. Die Berater im Gehirn-Trust Kennedys sollten gerade diese Tatsache nicht vergessen. "Wir haben ein Recht auf die Arsenale in London und Haipong", so verkündete vor dreissig Jahren Mao Tse-tung und weiter: "Die Imperialisten sind unsere Transportbrigaden!"

Das Desaster mit Tschiang Kai-schek hat die Gültigkeit der Thesen des chinesischen Kommunistenführers bewiesen. Sie gelten Wort um Wort auch für Südvietnam. Der Kampf im Dschungel hat unbeschränkte Dauer, der Westen aber nicht unbeschränkte Zeit. Sie arbeitet indessen für Ngai, für Ho Tschü-Mink und den "Dschusi" hinter dem "Tor des Himmlischen Friedens". Auch Tschiang Kai-schek hat in "fünf Vernichtungsschlachten" Mao Tse-tung schlagen wollen, und Tschiang hat sie verloren, vor allen schliesslich die letzte. Glauben die Paktmächte der SEATO, dass sie Süd-Vietnam halten könnten, auf alle Zeiten? Wahrscheinlich glauben sie es selbst nicht. - Vor allem aber könnte aus der Südvietsam-Frage ein chinesisch-amerikanischer Krieg mit unabsehbaren Folgen entstehen.

+ + +